ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 25
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 1. August 1929

Fortlaufende
No. 1326

## Welt-Rundschau

# Poincare's Rücktritt

Am 26. Juli sandte der französische Premier Poincare an Doumergue, den Präsidenten der Republik, folgendes Schreiben: „Die Befürchtungen, die ich Ihnen bereits kundgegeben habe, haben sich bewahrheitet. Ohne chirurgische Operation kann meine Gesundheit unmöglich völlig wieder hergestellt werden. Die Vorbereitung hiefür und die darauf folgende Genesung werden mich für zwei oder drei Monate erzwungener Ruhe verurteilen. Deshalb kann ich, besonders unter den gegenwärtigen Umständen, die Pflichten, die Sie mir in den letzten drei Jahren anvertraut haben, nicht erfüllen, wie ich sollte. Zu meinem großen Bedauern fühle ich mich verpflichtet, Ihnen meine Resignation einzureichen . . . . ."

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der hier angegebene Grund des so unerwarteten Rücktritts auf Wahrheit beruht. Schon seit einiger Zeit ließ Poincare's Gesundheit zu wünschen übrig, doch nur wenige Eingeweihte dürften die Krankheit für ernstlich genug gehalten haben, um den Premier, der mit ganzer Seele an seiner Machtstellung hing, zur Abdankung zu veranlassen. Man kann es ihm förmlich nachfühlen, daß es keine bloße Phrase ist, wenn er schreibt: „Zu meinem großen Bedauern fühle ich mich verpflichtet, Ihnen meine Resignation einzureichen."

Man mag über Poincare denken und fühlen, wie man will: eines hat er in den letzten Tagen seiner Regierung abermals gezeigt, nämlich daß er sich nicht feige vor Schwierigkeiten zurückgezogen hat. Mit Aufbietung all seiner Kräfte hat er noch einen Kampf ausgekämpft, den vielleicht kein anderer hätte durchfechten können, der aber unbedingt in der von ihm vertretenen Weise ausgetragen werden mußte, sollte nicht Frankreich für eine lange Zukunft in einem äußerst gespannten Verhältnisse mit den Ver. Staaten stehen. Es handelte sich um die französischen Kriegsschulden an Amerika.

Es sind bereits drei Jahre vergangen, seitdem die Rückzahlung der Kriegsschulden in gemeinsamer Konferenz durch das sogenannte Mellon - Berenger'sche Abkommen zwischen Frankreich und den Ver. Staaten geregelt worden war. Dieses Abkommen ist für Frankreich außerordentlich günstig. Bedeutet es doch einen Nachlaß von mehr als der Hälfte der wirklichen Kriegsschulden, ganz abgesehen davon, daß Frankreich ohne den Eintritt Amerikas in den Krieg, der diesem Lande ungeheure Kosten verursachte, verloren gewesen wäre. Aber das französische Volk hatte sich seit dem Kriege so stark in die Idee hineingelebt, daß der reiche Onkel Sam dem „armen" Frankreich die ganze Schuld nachlassen müsse, daß bisher die Regierung, wollte sie es nicht auf ihren eigenen Sturz ankommen lassen, es nicht wagen konnte, ernstlich an die Ratifizierung des Schuldenabkommens zu gehen. Wiederholte Ermahnungen von Washington blieben ohne Wirkung.

Ohne Zweifel fühlte Poincare, der während dieser Jahre an der Spitze der französischen Regierung stand, ebenso wie seine Landsleute. Es war ihm bei der Verzögerung kaum bloß darum zu tun, zur Sanierung des französischen Franken Zeit zu gewinnen. Allem Anscheine nach hoffte auch er, daß auf irgendeine Weise Amerika mürbe gemacht und sich gegen die französischen Wünsche nachgiebig zeigen würde. Aber, im Gegenteil zu den meisten französischen Politikern, erhielt sich Poincare den klaren Blick für die Wirklichkeit. Und als kürzlich die letzte Mahnung von Washington an Frankreich erging, vor dem 1. August — dem Datum, an welchem die kommerziellen Schulden Frankreichs an Amerika fällig werden — das Mellon-Berenger'sche Abkommen ohne irgendwelche Vorbehalte zu ratifizieren, da sah er, daß dies die letzte Gelegenheit war, diese leidige Angelegenheit ohne ernstliche Trübung des Verhältnisses mit Amerika aus dem Wege zu räumen. Amerika hatte nämlich nicht versäumt, auf einige bedauerliche Folgen für Frankreich aufmerksam zu machen, falls die Sache abermals verschleppt würde.

Vermutlich war Poincare schon damals entschlossen, von der Regierung zurückzutreten, doch wollte er den Entschluß nicht ausführen, bevor diese Sache geregelt war. Dem Antrage der Regierung aber, die eine vorbehaltlose Ratifizierung des Abkommens forderte, antworteten die Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen mit dem Beschlusse, der Ratifizierung Vorbehalte anzuhängen, entschlossen, wenn notwendig, die Regierung über dieser Frage zu stürzen. Doch bestand die Regierung auf ihrer Forderung, daß den Ratifizierungsurkunden für die Zahlungsabkommen keinerlei Vorbehalte eingefügt werden dürften, da sie sonst für die beiden Staaten — das Abkommen mit England sollte zu gleicher Zeit ratifiziert werden — unannehmbar wären.

Jetzt begann in der französischen Kammer eine Debatte, die über eine Woche dauerte und an Heftigkeit sogar in der Geschichte des französischen Parlamentes wenige ihresgleichen hat. Sie endete mit dem Siege Poincare's, das Mellon - Berenger'sche Abkommen wurde zuletzt mit 300 gegen 292 Stimmen durch folgenden Wortlaut angenommen: „Der Präsident der Republik ist autorisiert, das in Washington getroffene Abkommen vom 29. Juli 1926 zwischen der Regierung der Ver. Staaten und der Regierung Frankreichs gutzuheißen, zwecks Konsolidierung und Rückzahlung der von Frankreich bei den Ver. Staaten kontrahierten Schulden in 62 Jahresraten."

Zuerst beantragten die Gegner der Vorlage die Vertagung der Debatte, da sie sicher waren, daß die Regierung es nicht wagen würde, ohne vorhergehende Debatte die Abstimmung vornehmen zu lassen. Dieser Antrag bekämpfte Poincare in einer langen Rede, an deren Schluß er die Vertrauensfrage stellte. Als die Vertagung abgelehnt war, begann die langwierige Redeschlacht, während welcher der Abgeordnete Bouillon die Ver. Staaten in maßloser Weise angriff und beantragte, die Entscheidung zu vertagen. Der Außenminister Briand rettete die Situation in einer zündenden Rede, nach deren Beendigung Bouillons Antrag mit einer Mehrheit von 65 Stimmen abgelehnt wurde.

Eine Stelle aus der Rede Briand's ist für alle, die sich mit der Geschichte des großen Krieges befassen, sehr interessant und wird gewiß in den Ver. Staaten die höchste Befriedigung auslösen. Sie lautet: „Ich hatte die große Ehre, das Haupt der Regierung zu sein, als die Ver. Staaten in den Krieg eintraten. Ich weiß, wovon ich spreche. Der Feind stand in den Vororten von Verdun. Es waren Stunden der Qual. Niemand glaubte damals, daß wir den Sieg an unsere Fahnen heften könnten. In jenem verzweifelten Augenblicke riefen wir die Männer der Ver. Staaten für unsere Sache zu Hilfe. Wie bitter auch immer unsere eigenen Debatten in dieser peinlichen Diskussion sein mögen, ich kann das Herz Frankreichs in Dankbarkeit für Amerika schlagen hören. Ich spreche die Worte mit Bedacht, damit das Volk jenseits des Ozeans wissen möge, daß es Augenblicke gibt, die wir Franzosen niemals vergessen werden."

Der eben erwähnten Abstimmung folgte der Antrag, daß alle Vorbehalte aus der Ratifizierungsvorlage ausgeschlossen sein sollen, der mit 301 gegen 275 Stimmen angenommen wurde. Das Resultat der Schlußabstimmung war dann, wie schon bemerkt, 300 gegen 292 für den Antrag der Regierung. Der ohnehin schon leidende Premier hatte während der langen Debatte voll 37 Stunden gesprochen und stand am Ende derselben vor einem völligen physischen Zusammenbruch. Die Ratifizierungsvorlage muß nun noch an den französischen Senat gehen, wo aber für dieselbe keine Schwierigkeiten erwartet werden. So glaubte sich Poincare zurückziehen zu dürfen, ohne seinen Sieg in der Deputiertenkamer zu gefährden.

Briand und Barthou, beide Mitglieder des Kabinetts, suchten in einer Privatunterredung Poincare zu bewegen, sein Gesuch um Befreiung vom Premierposten zurückzuziehen, jedoch ohne Erfolg. Infolge dessen reichte das ganze Kabinett seine Resignation ein, welche Präsident Doumergue auch annahm, mit der Bitte, daß die Mitglieder bis zur Bildung eines neuen Ministeriums ihre Aemter behielten. Schon am nächsten Tage, dem 29. Juli, wurde Briand berufen, ein neues Kabinett zu bilden. Derselbe unterzog sich der Aufgabe, indem er alle bisherigen Minister in ihren Stellungen beließ und für sich selbst das Portfolio des Außenministers behielt, das er schon lange Zeit innehatte.

Noch sind keine deutschen Zeitungen zur Hand, aus denen man den Eindruck ermessen könnte, den der französische Regierungswechsel gemacht haben mag. Es mag billigerweise bezweifelt werden, ob derselbe dort große Hoffnungen gezeitigt habe. Zwar mag es zweifelhaft erscheinen, ob es in Frankreich — vielleicht mit Ausnahme Clemenceau's — einen anderen Mann gäbe, der von einem so unersättlichen Haß gegen Deutschland beseelt ist wie Poincare. Besonders hat man ihm schon oft Briand als einen Mann von versöhnlichem Charakter gegenübergestellt. Aber seit den Tagen von Locarno hat auch kein Franzose die deutschen Erwartungen öfter und bitterer getäuscht als Briand. Die Schuld hiefür fällt jedenfalls nicht einzig auf Poincare. Das deutsche Volk weiß ganz genau, was es in Poincare hat, Freundschaft für Deutschland hat er nie geheuchelt. Aber wie es mit Briand daran ist, das hat wohl noch kein deutscher Diplomat ausstudiert. Da fragt es sich nun, welcher von beiden den Vorzug verdient.

Auch aus einem anderen Grunde ist ein voreiliger und allzu lauter Jubel nicht am Platze. Wenn Poincare infolge der bevorstehenden Operation nicht stirbt oder dem Siechtum verfällt, so ist es fast so sicher, wie zweimal zwei vier ist, daß er in absehbarer Zeit wieder auf dem Premierissel sitzt. Seit der Zeit vor dem Kriege, den hauptsächlich er eingefädelt hat, ist er der eine Mann, dessen Zielbewußtsein und Tatkraft Frankreich nur schwer entbehren kann. Es ist nicht leicht, es im Gedächtnis zu behalten, wie oft er seitdem, sei es als Premier oder als Präsident, Frankreich regiert hat. Hat er nicht etwa selbst auf seine voraussichtliche baldige Rückkehr angespielt, als er an Doumergue schrieb: „Die Vorbereitung für die Operation und die darauf folgende Genesung werden mich **für zwei oder drei Monate erzwungener Ruhe** verurteilen"? Vedremo — wir wollen sehen — sagt der vorsichtige Italiener.

## P. Claudius de la Colombiere, S. J.

**Zu seiner Seligsprechung am 16. Juni 1929**

P. Claudius de la Colombiere wurde am Feste Mariä Lichtmeß des Jahres 1641 zu St. Symphorien d'Ozon in Frankreich geboren. Mit zehn Jahren verließ er das elterliche Haus und zog nach Lyon, um dort die Schule der Jesuiten zu besuchen. Am 25. Oktober 1658 trat er zu Avignon ins Noviziat der Gesellschaft Jesu ein. Nach seiner Priesterweihe im Jahre 1670 und Vollendung der theologischen Studien wirkte er als Professor am Gymnasium in Lyon und Präses der Marianischen Kongregation. Der Herbst 1674 führte ihn ins dritte Probejahr. Noch vor dessen Vollendung wurde P. Claudius de la Colombiere zum Oberen der Jesuitenniederlassung in Paray-le-Monial ernannt. Hier traf er als außerordentlicher Beichtvater des Klosters der Heimsuchung Mariä mit der hl. Margaretha Alacoque zusammen und wurde ihr Seelenführer.

Am 16. Juni 1675, dem Sonntag nach dem Fronleichnamsfeste, erhielt Schwester Maria Margaretha Alacoque, die von Gott außerordentlicher Gnaden gewürdigt wurde, vom Heilande den Auftrag, daß in der katholischen Kirche zu Ehren seines Heiligsten Herzens ein eigenes Fest eingeführt werden solle. Als die Schwester ihre Armut und ihr Unvermögen vorschützte, wies sie der Herr an seinen Diener mit den Worten: „Geh hin zu meinem Diener Claudius de la Colombiere und sage ihm in meinem Namen, er solle sich alle Mühe geben, daß der besagte Festtag in Zukunft gefeiert werde. Dadurch werde er meinem Herzen eine große Freude verschaffen." P. de la Colombiere wollte mit der Herz Jesu - Andacht gleich bei sich beginnen. Er weihte

(Fortsetzung auf Seite 8)

# Zehn Jahre „Neuordnung" der Welt

Von D. Friedrich Ritter von Wiesner, a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister a. D. („Schönere Zukunft" November 1928)

**(Fortsetzung)**

Will man diese jubilierende Neuordnung kritisch klar erfassen, dann wird man sie von zwei Gesichtspunkten aus betrachten müssen. Einerseits aus der Perspektive der Erreichung und Festigung der eigenen Kriegsziele; andererseits von dem Standpunkte, inwieweit die allgemeine Lage durch die Neuordnung verändert wurde. Vergleiche mit der Vorkriegslage ermöglichen dann ein Werturteil.

Bevor ich versuche, eine Betrachtung dieser Art anzustellen, muß ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. Der Weltkrieg ist, seinen letzten Ursachen nach, aus dem Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht entstanden, die mit ihren Bestrebungen und Zielen an vielen Punkten mit dem Besitzstande und den Zukunftsplänen der anderen Großmächte kollidierte. Deutschlands riesige industrielle Entwicklung und kommerzielle Ausbreitung auf den Exportmärkten bereitete namentlich England, das mit seinen Erzeugnissen vielfach unterboten wurde, eine auf die Dauer immer empfindlichere Konkurrenz. Deutschlands koloniale Entwicklung störte die britische Kolonialpolitik und wurde auch von Frankreich und Belgien als Bedrohung ihres Kolonialbesitzes empfunden. Deutschlands Rüstung zur See war für Großbritannien, das an seinem traditionellen Seemachtstandard festhalten mußte, ein steter Druck zur Erhöhung der Rüstungen, wodurch jedoch die Sorge nicht beschwichtigt wurde, daß eine in Führung, Material und Bemannung bessere deutsche Flotte den Stärkeunterschied doch zu Ungunsten Englands ausgleichen könnte. Deutschlands „Drang nach dem Osten", das heißt sein Bestreben, die Kontrolle über die anatolischen Bahnen zu erhalten und so den Landweg von Mitteleuropa über Konstantinopel nach Bagdad zu beherrschen, schien England und Rußland kaum erträglich: England, da es sich infolge der Umgehung des Suezkanals in Indien, Persien und Arabien bedroht fühlte; Rußland, da es seinen Einfluß am Balkan sowie seine Hoffnung auf den künftigen Erwerb von Konstantinopel und auf die Beherrschung der Meerengen schwinden sah. Deutschlands Wettbewerb in China störte Englands Supremate unter den Kapitulationsmächten Chinas und die Aspirationen Japans. Deutschlands Ansprüche in Marokko durchkreuzten die französischen Annexionsabsichten und die darüber hinausreichenden Pläne in Nord- und Westafrika.

Damit sind die Reibungsflächen der deutschen Auslandspolitik natürlich nicht erschöpfend aufgezählt; es wollte damit nur gezeigt werden, wie die großen Konfliktsfragen weit über Europa hinausgriffen und Afrika sowie Asien umfaßten, das aber allerdings nur in dem Sinne, daß über die Erhaltung oder Vernichtung der Stellung Deutschlands und umgekehrt seiner Gegner entschieden werden sollte; die asiatischen und afrikanischen Staaten figurierten hiebei — von Japan abgesehen — nur als Objekte der europäischen Politik.

Daran änderte sich im Kriege nichts, als sie formell an der Seite der Entente als Subjekte auftraten, wie Aegypten und China. War also der Weltkrieg trotz dieser über die ganze alte Welt ausgebreiteten Fragen bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten doch eine im wesentlichen europäische Angelegenheit, so änderte daran auch der Eintritt der Union nichts. Denn sie stellte sich laut aller Kundgebungen Wilsons aus „idealen" Gründen, „zum Schutze von Freiheit und Gerechtigkeit" an die Seite der Entente, „unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche und Vorteile der Sieger". Daß diese Formel schon damals nicht wörtlich zu nehmen war, sondern daß die Sicherheit der amerikanischen Forderungen gegen die Entente-staaten von deren Sieg abhing, ist klar. Dagegen waren große selbständige politische Kriegsziele d. Union damals auch den anderen Alliierten nicht sichtbar. In seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Jänner 1918, — den berüchtigten vierzehn Punkten — welche die Kriegsziele der Vereinigten Staaten formulierten, war jedenfalls kein Punkt enthalten, der sich in diesem Sinne hätte deuten lassen. Die im Punkt 2 enthaltene vage Formel von der „vollkommenen Freiheit der Schiffahrt auf dem hohen Meere im Frieden sowohl wie im Kriege" besagte jedenfalls nicht, daß hier etwas anderes beabsichtigt war, als eine gegen den deutschen U-Bootkrieg gerichtete Normierung zugunsten der neutralen Schiffahrt.

Betrachtet man nun, nach den früher angeführten einzelnen Hauptgründen des Weltkrieges, die Kriegszielpolitik der Entente, so findet man, daß die Alliierten auf dem Papier im wesentlichen allerdings alles zerstört haben, was sie als Grundlagen oder Symptome der deutschen Weltstellung zu vernichten wünschten. Deutschland ist keine Seemacht mehr; der Landweg nach Indien ist ihm durch zahlreiche Barrieren verrammelt; der Kolonialbesitz Deutschlands ist aufgeteilt; seine Rechte in Marokko sind annulliert; die Sonderrechte, welche die anderen Fremden in China genießen, wurden für Deutsche, Oesterreicher und Ungarn aufgehoben. Das einzige, was die Ententemächte nicht zu vernichten, sondern nur zu erschweren vermochten, das war der deutsche Wettbewerb auf dem Weltmarkte. Trotzdem können die Siegerstaaten dieser Erfolge nicht froh werden. Besonders England, das den Löwenanteil des Siegerpreises erhalten hat, muß sich eingestehen, daß sein Kriegsgewinn eigentlich in nichts zerrinnt, ja, daß seine Stellung heute in manchen Richtungen schwächer geworden ist, als sie vor dem Kriege war.

Das Hauptziel der britischen Kriegsteilnahme war die Vernichtung der deutschen Machtstellung zur See mit dem eigentlichen Endzweck, damit der englischen Flotte die beherrschende Stellung zur See zu erringen. Um diesen Endzweck sieht sich Großbritannien heute durch die Vereinigten Staaten geradezu betrogen. Sei der Washingtoner Konferenz über die Beschränkung der Rü-

(Fortsetzung auf Seite 4)